



Vorlage Nr.: 50/165	18.06.2009		
Berichtsvorlage	öffentlich		
für den / für die Sozial- und Gesundheitsausschuss	Berichterstatter	Sitzung am 08.06.2009	TOP 7

Erfahrungsbericht über die Eingliederung der staatlichen Versorgungsverwaltung in die Kreisverwaltung Recklinghausen mit Aufgabendarstellung und Jahrsbericht 2008

1	Klassifizierung der Aufgabe: Bei der Aufgabe handelt es sich um			
	☒ eine freiwillige Aufgabe: Bindung durch Kreistagsbeschluss		☐ eine freiwillige Aufgabe: Bindung durch Vertrag	
	☐ eine Pflichtaufgabe mit vorgeschriebenen Standards		☐ eine Pflichtaufgabe ohne vorgeschriebene Standards	
	Ggf. weitergehende Ausführungen siehe Erläuterungen Nr:			
Auswirkungen (Ggf. weitergehende Ausführungen siehe Erläuterungen Nr.)				
2	Finanzielle Auswirkungen (nur bei Beschlussvorlagen)			
	<i>Kurzfristig?</i>	☐ nein	☐ ja	Deckung im Haushalt? ☐ ja ☐ nein Beteiligung Dritter? ☐ ja ☐ nein <u>Erl-Nr.:</u>
	<i>Langfristig?</i>	☐ nein	☐ ja	Beteiligung Dritter? ☐ ja ☐ nein <u>Erl-Nr.:</u>
3	Sonstige Auswirkungen (nur bei Beschlussvorlagen)			
	Auswirkungen für die Bürger?			☐ ja ☐ nein <u>Erl-Nr.:</u>
	Auswirkungen auf die Qualität der Aufgabenerfüllung?			☐ ja ☐ nein <u>Erl-Nr.:</u>
	Personelle und / oder organisatorische Auswirkungen ?			☐ ja ☐ nein <u>Erl-Nr.:</u>
	Auswirkungen auf die Gleichstellung von Mann und Frau?			☐ ja ☐ nein <u>Erl-Nr.:</u>
	Auswirkungen auf die Umwelt?			☐ ja ☐ nein <u>Erl-Nr.:</u>

Fachdienst	Fachdienstleiter/in	Dezernent/in Fachbereichsleiter/in	Kreisdirektor	Landrat
59	gez. Berse	gez. Schlathöller	gez. Butz	gez. Welt

Beratungs- ergebnis	☐ gemäß Beschlussvorschlag		☐ abweichender Beschluss	
	☐ einstimmig	Ja:	Nein:	Enth.:

Beschlussvorschlag: Der Erfahrungsbericht über die Eingliederung der staatlichen Versorgungsverwaltung in die Kreisverwaltung Recklinghausen mit Jahresstatistik 2008 wird zur Kenntnis genommen.
Der Ausschuss wünscht jährlich weitere Jahresberichte/-statistiken.

Darstellung des Sachverhaltes:

Seit dem 01.01.2009 nimmt der Kreis Recklinghausen die Aufgaben des Schwerbehindertenrechtes als Pflichtaufgabe zur Erfüllung nach Weisung unter der Fachaufsicht der Bezirksregierung Münster wahr.

Die Verwaltung zeigt in dem beigefügten Erfahrungsbericht auf, wie die Intergration der Staatlichen Versorgungsverwaltung in eine Kommunale Dienstleistungsbehörde gelungen ist.

Falls vom Ausschuss gewünscht, wird der Verwaltung regelmäßig Jahresberichte/-statistiken vorgelegt.

Lösungsvorschläge/Alternativen (realisierbare Alternativen hier aufführen):

x